Besprechung der Bundeskanzlerin mit den Regierungschefinnen und Regierungschefs der Länder am 10. Juni 2021

TOP 4.3 Elektronische Identität („eID“)

Die Bundeskanzlerin und die Regierungschefinnen und Regierungschefs der Länder fassen folgenden Beschluss:

1. Die Bundeskanzlerin und die Regierungschefinnen und Regierungschefs der Länder begrüßen angesichts der derzeit unter Hochdruck erfolgenden Umsetzung des OZG sowie des insbesondere in der Pandemie transparent gewordenen dringlichen Bedarfs an einer sicheren und nutzerfreundlichen digitalen Identität die Aktivitäten des Bundes zur Etablierung einer solchen Lösung, die sich sowohl für Anwendungen der Verwaltung als auch der Wirtschaft eignet und zugleich auf europäische Anschlussfähigkeit abzielt.

2. Es ist dabei sicherzustellen, dass die Smart-eID auch im Rahmen der Nutzerkonten, die von Bund und Ländern zur Authentifizierung von Verwaltungsleistungen (OZG-Umsetzung) angeboten werden, kundenorientiert einsetzbar wird.

3. Ziel muss überdies sein, auch die elektronischen Identitäten anderer europäischer MS nach der eIDAS-VO zügig anzuerkennen und in Online-Anwendungen tatsächlich nutzbar zu machen.